



Diana Golze

Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 72329

📠 (030) 227 – 76329

✉ Diana.Golze@bundestag.de

Pressemitteilung

Zu den praktischen Auswirkungen der Forstreform in Brandenburg erklärt die Bundestagsabgeordnete Diana Golze, DIE LINKE:

Forstreform: weniger Personal – weniger Leistung

Die Forstreform wirft ihre Schatten voraus. Bei einem geplanten Personalabbau von jetzt 2.500 auf 1.500 Stellen im Jahr 2014 wird es zu Einschnitten auf der Fläche kommen, auch das westliche Brandenburg wird davon betroffen sein. Auch wenn gegenwärtig noch ein Aufbaustab in Potsdam die Detailstruktur erarbeitet, steht fest, dass sich die Reduzierung um 40% der Stellen negativ auf das Leistungsangebot vor Ort auswirken muss. DIE LINKE sieht insbesondere die Beratung und Betreuung der Besitzer von Kleinprivatwald in Gefahr. Ebenfalls ist zu erwarten, dass wenig profitable Bereiche wie Umweltbildung/Waldpädagogik und Naturschutz vernachlässigt werden. Ansprechpartner werden fehlen. Zudem führt die am grünen Tisch in Potsdam ersonnene Trennung der Aufgabenbereiche Landeswaldbewirtschaftung und Hoheit/Privatwaldbetreuung zu überschneidenden und vergrößerten Zuständigkeitsbereichen. So werden die geringere Zahl an Zuständigen auch noch schwerer für Bürgerinnen und Bürger erreichbar sein. Dienststellen werden schließen und weiter entfernt liegen.

Besonders heftig kritisiert DIE LINKE, dass die Landesforstverwaltung erst aufgelöst und der Landesforstbetrieb auf dem Papier errichtet wurde, bevor die neuen Strukturen klar waren. So befinden wir uns derzeit in einem beinahe rechtsfreien Raum ohne geklärte Zuständigkeiten. Für die Beschäftigten ein seit Jahren unbefriedigender Prozess. Ebenfalls nicht vom Tisch sind Befürchtungen über Privatisierungsabsichten des Landeswaldes. So lange die von der LINKEN geforderte Beschlusslage über die Unveräußerlichkeit des Landeswaldes im Landtag nicht herbeigeführt wird, bleiben die Erklärungen der Landesregierung Lippenbekenntnisse, die jederzeit widerrufen werden können.

DIE LINKE hat daher für die Landtagssitzung am 1./2. April einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, über den Forstreformprozess Rechenschaft abzulegen (Drucksache 4/7329).